

NATIONALRAT
Herbstsession 2010

Fragestunde vom 20. September 2010

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

10.5371 Neirynck. Kollektivstrafen in der Rekrutenschule in Bière

Laut der Zeitung Le Temps vom 26. Juli 2010 wurden die Rekruten in der Rekrutenschule Bière kollektiv für das Fehlverhalten einer Einzelperson bestraft. Der Schuldige selbst jedoch war seltsamerweise von der Bestrafung ausgenommen. Mit dieser sonderbaren Methode soll die schuldige Person anscheinend dadurch bestraft werden, dass in der Gruppe ihr gegenüber Feindseligkeit geweckt wird. Eine solche Praxis verletzt eines der Grundprinzipien des Rechtsstaats, wonach jede Bürgerin und jeder Bürger selbst für ihr bzw. sein Handeln verantwortlich ist. Ausserdem wird die gesellschaftliche Solidarität - eines der Ziele des obligatorischen Militärdienstes - untergraben.

1. Heisst das VBS diese Praxis gut?
2. Falls nicht, welche Massnahmen sind getroffen worden oder werden getroffen, um dieser Praxis ein Ende zu setzen?
3. Welche Sanktionen können gegenüber den Ausbildern ergriffen werden?

10.5378 Galladé. Rückgabe der Taschenmunition von Angehörigen der Armee

Das VBS hat die Angehörigen der Armee zur Rückgabe der Taschenmunition aufgefordert. Vor rund einem Jahr konnte das Militär bei etwa 100 000 Armeeangehörigen nicht sagen, ob sie die Taschenmunition schon zurückgegeben haben oder nicht und hat keinen Überblick.

Wie viel der Taschenmunition, welche zurückgegeben werden sollte, ist zurzeit noch unauffindbar oder noch nicht abgegeben worden?

10.5382 Lang. Besuch des Schweizer Militärministers beim israelischen Militärminister

- Steht der einseitige Besuch des schweizerischen Verteidigungsministers beim israelischen Amtskollegen nicht in Widerspruch zur neutralen Friedenspolitik der Schweiz im Nahen Osten?
- Schwächt er nicht die Glaubwürdigkeit der Schweiz in der Erfüllung des von der UNO-Generalversammlung gefassten Auftrags, in Folge des Goldstone-Berichts zum Schutz der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten eine Konferenz der Vertragsparteien der Vierten Genfer Konvention einzuberufen?

10.5391 Vischer. Israel Besuch von Bundesrat Maurer

- Welches ist der spezielle Anlass des Besuches?
- Ist er angesichts des ausstehenden Berichtes der UNO bezüglich des kürzlichen Piratenaktes auf den Hilfskonvoi und damit der ungeklärten Situation der Verantwortlichkeit Israels sowie der anhaltenden völkerrechtswidrigen palästinensischen Wohnraumzerstörung im Gebiete Ostjerusalems und der Ungewissheit bezüglich der Fortsetzung der ebenfalls völkerrechtswidrigen Siedlungstätigkeit nicht als unzulässige Aufwertung Israels zum Zeitpunkt schwebender Verhandlungen, mithin Neutralitätswidrig einzustufen?

10.5402 Robbiani. Weiterbeschäftigung von Polizistinnen und Polizisten der Militärpolizei

Dem Personal der Militärpolizei steht ein Stellenabbau bevor. Im Tessin bietet sich die Möglichkeit an, einen Teil der Polizistinnen und Polizisten bei der Kantonspolizei zu beschäftigen oder besondere Formen der Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei vorzusehen.

Ich frage den Bundesrat, ob er diese Gelegenheit zu nützen gedenkt und diesbezüglich rechtzeitig auf den Kanton Tessin zugehen wird.

Finanzdepartement**10.5349 Schelbert. Solarenergie fördern**

Solarenergie ist eine gute Sache, doch sind die Fördermittel zu knapp. Oft rechnet sich die Investition nicht, erst recht nicht ohne Förderbeitrag. Trotzdem werden in Kantonen höhere Steuern fällig.

- Wie will der Bundesrat die Summe der Fördermittel steigern?
- Wie kann er eine schnelle Auszahlung sichern?
- Wie begründet sich eine Steuererhöhung wenn die Investition teurer ist als der Ertrag?
- Wie ist die entsprechende Steuerrechtspraxis der ESTV (DBSt)?

10.5353 Grin. Eidgenössische Volksinitiative für faire Steuern

Die Initiative fordert die Einführung eines Grenzsteuersatzes für alleinstehende Personen von mindestens 22 Prozent auf dem Teil des steuerbaren Einkommens, der 250'000 Franken übersteigt, und von mindestens 5 Promille auf dem Teil des steuerbaren Vermögens, der 2 Millionen Franken übersteigt.

Ist zu erwarten, dass diese Regel bei Annahme der Initiative auch für alle nach dem Aufwand besteuerten Personen angewandt wird?

10.5354 Grin. Zunahme der Importmenge von gewürztem Fleisch

Bis zum 30. Juni 2010 wurden bereits 815 Tonnen gepfeffertes Fleisch importiert, was beinahe der Gesamtmenge von 2009 entspricht. Dieses Fleisch wird zum Ausserkontingentszollansatz eingeführt, der ungefähr viermal tiefer ist als der Zollansatz für gewöhnliches Fleisch. Angesichts der starken Zunahme dieser Importe erreicht der Preisdruck auf einheimisches Fleisch inakzeptable Ausmasse.

Sind die Erläuterungen der Zollverwaltung genügend streng, um diese zweifelhafte Praxis zu verhindern?

10.5362 Zisyadis. Banken und Palästina

Die UBS hat beschlossen, keine Transaktionen mehr in die Palästinensergebiete auszuführen. Konkret bedeutet dies zum Beispiel, dass die Bank die Überweisung der Spende einer Schweizer Bürgerin zugunsten einer Schweizer Organisation verhindert hat, die sich für palästinensische Kinder einsetzt.

- Was hält der Bundesrat von der Geschäftspraxis dieser Bank, die vom Schweizer Volk vor dem Untergang gerettet wurde?
- Wie gedenkt der Bundesrat vorzugehen, damit die Meinungsfreiheit der Schweizer Bevölkerung auch im Bankenwesen respektiert wird?

10.5380 Bänziger. Findet sich die Schweiz bald wieder auf einer grauen Liste?

Per 1. September 2010 hat der Bundesrat die Verordnung zur Umsetzung der Amtshilfe in Steuerfragen in Kraft gesetzt. Die Verordnung ist ausgesprochen restriktiv bei der Gewährung von Amtshilfe und versagt diese explizit bei Anträgen aufgrund gestohlener Daten.

- Wie reagieren die USA, Deutschland und die EU auf die Verordnung?
- Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass mit der Verordnung das Bankgeheimnis in Stein gemeisselt ist?
- Wie lange dauert es, bis sich die Schweiz wiederum auf einer grauen Liste findet?

10.5393 Leutenegger Filippo. RFA im Versicherungsbereich

Der Bundesrat hat das EFD im Rahmen der VVG Revision beauftragt, die Regelung zur Versicherungsvermittlung zu überarbeiten und eine Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) über die wirtschaftlichen Folgen durchzuführen.

- Warum beauftragt das EFD das Büro Bass, welches primär auf arbeits- und sozialpolitische Studien spezialisiert ist, mit einer RFA im Versicherungsbereich?
- Wie beurteilt der Bundesrat die Unabhängigkeit und Expertise des Büro Bass in dieser Frage?

10.5394 Leutenegger Filippo. Standards zur Geldwäschereibekämpfung

Das Mandat der FATF zur Festsetzung und Überwachung von Standards zur Geldwäschereibekämpfung wird auf Ende 2011 erneuert. Steuerdelikte sollen dabei Vortaten zur Geldwäscherei werden. Einschneidende Auswirkungen für den Finanzsektor sind absehbar.

Hat der Bundesrat in Zusammenarbeit mit den Verbänden des Finanzsektors eine gemeinsame Position mit klarer "bottom-line" definiert und den Kontakt zu Ländern, die sich ebenfalls kritisch zu diesem Vorhaben stellen, aktiv gesucht?

10.5397 Bischof. Horizont 2020

Immer mehr Bereiche unserer Gesellschaft, wie die Finanzen der Sozialwerke, die Bildungspolitik oder die Infrastruktur werden von langfristigen Entwicklungen wie Demografie, Mobilitätsentwicklung oder Umweltstatus vorgeprägt.

Über welche finanzpolitischen und inhaltlichen Instrumente verfügt die Schweiz, um über die klassischen politischen Planungszeiten (1 oder 4 Jahre) hinaus und über alle drei Staatsebenen Bund/Kantone/Gemeinden solche Entwicklungen zu erfassen und in die politische Beschlussfassung einzubeziehen?

Volkswirtschaftsdepartement**10.5347 Fehr Hans-Jürg. GAV Hauswirtschaft**

Die Vernehmlassung zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) des GAV Hauswirtschaft ist längst abgeschlossen, ein Entscheid des Bundesrates wurde vom Seco für den Spätsommer in Aussicht gestellt.

- Welches sind die wichtigsten Ergebnisse der Vernehmlassung?
- Wann entscheidet der Bundesrat?

10.5348 Fehr Hans-Jürg. GAV für Temporärarbeitende

- Trifft es zu, dass sich die Sozialpartner noch immer nicht auf einen GAV für Temporärarbeitende verständigen konnten?
- Wenn ja, was tut der Bundesrat, um da endlich zum Ziel zu kommen?

10.5356 Baettig. Härtere Sanktionen gegen die Islamische Republik Iran

Die Verordnung über Massnahmen gegenüber der Islamischen Republik Iran wurde am 18. August verschärft. Es ist klar, dass es sich dabei um einen formellen Entscheid handelt.

Ist der Bundesrat aber wirklich der Meinung, dass es angemessen und sinnvoll war, sich der Haltung der Grossmächte ohne Weiteres anzuschliessen, statt gegenüber der Islamischen Republik Iran und ihrem Anspruch auf zivile Nutzung der Atomenergie eine konstruktive, neutrale Haltung und Dialogbereitschaft an den Tag zu legen?

10.5368 Leutenegger Oberholzer. Starker Franken. Folgen für die Schweiz

In der Sonntagspresse hat Herr Gaillard darauf hingewiesen, dass der zu harte Franken den Rückgang der Arbeitslosigkeit absehbar verhindert. Vor allem die Export-Industrie und der Tourismus leiden unter dieser spekulativ bedingten Aufwertung.

- Wie schätzt der Bundesrat die volkswirtschaftlichen Folgen der Frankenaufwertung für die Schweiz ein?
- Ist er bereit, dem Parlament einen umfassenden Bericht vorzulegen, der alle Aspekte und möglichen Folgen der massiven Frankenaufwertung aufzeigt?

10.5383 Gysin. Rundschreiben zur Überprüfung der Scheinselbstständigkeit

Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO hat kürzlich das Rundschreiben zum "Vorgehen zur Überprüfung der selbständigen Erwerbstätigkeit von ausländischen Dienstleistungserbringern" in die Vernehmlassung geschickt.

- Ist der Bundesrat sich bewusst, dass ein Rundschreiben nicht ausreicht, um diese Problematik zu lösen?
- Welche Präventivmassnahmen und Sanktionen sieht er neben diesem Rundschreiben vor, um die Scheinselbstständigkeit effizient und umfassend zu bekämpfen?

10.5384 Lustenberger. Verbindlichkeit des Rundschreibens zur Überprüfung der Scheinselbstständigkeit

Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO hat kürzlich das Rundschreiben zum "Vorgehen zur Überprüfung der selbständigen Erwerbstätigkeit von ausländischen Dienstleistungserbringern" in die Vernehmlassung geschickt.

Hat das Rundschreiben einen verbindlichen Charakter für die Kontrollbehörden?

10.5388 Roth-Bernasconi. AVIG-Revision und Bildung

Die AVIG-Revision kürzt die Leistungen bei jungen Menschen unter 25 Jahren. Frauen und Männer sind in unterschiedlicher Weise davon betroffen. Der Bildungsbericht Schweiz weist jedoch klar aus, dass nur knapp 90 Prozent der Schulabgängerinnen und -abgänger aus der Volksschule auch einen Abschluss auf der Sekundarstufe II schaffen. Junge Frauen mit Migrationshintergrund sind davon speziell betroffen. Plant der Bundesrat spezielle Massnahmen, um eine bessere Abschlussquote auf der Sekundarstufe II zu erreichen?

10.5392 Prelicz-Huber. Streik des Reinigungspersonals der ISS Aviation am Flughafen Genf gegen Lohndumping und für die Wiederunterzeichnung des Gesamtarbeitsvertrages

Was gedenkt der Bundesrat zu tun, dass insbesondere in staatlich konzessionierten Unternehmungen und deren Nebenbetrieben kein Lohndumping betrieben und Gesamtarbeitsverträge eingehalten werden?

10.5399 Kiener Nellen. AVIG-Revision. Katastrophe für die Frauen. Wiedereinstieg bestraft!

Die AVIG-Revision will den Anspruch des Arbeitslosengeldes von Wiedereinsteigerinnen und -einstiegern von einem Jahr auf 4 Monate kürzen. Dabei sind Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise davon betroffen, weil die unbezahlte Arbeit vor allem von Frauen verrichtet wird. Wer also private Care-Arbeit, leistet wird nicht nur während dieser zeitintensiven und somit oft erwerbsarbeitsfreien Zeit finanziell allein gelassen, sondern auch nachher, obwohl eine Arbeit geleistet wurde, die gesellschaftlich enorm sinnvoll ist und zudem höchst kostenintensiv wäre, wenn sie bezahlt werden müsste.

- Wie gedenkt der Bundesrat mit diesem Problem umzugehen?
- Plant er die Einführung eines bezahlten Pflegeurlaubs?

10.5401 Aubert. AVIG-Revision und Gleichberechtigung?

Die AVIG-Revision, über die die Stimmberechtigten am 26. September abstimmen werden, kürzt die Leistungen für unter 25-Jährige. Von dieser Massnahme sind besonders auch Frauen betroffen, die noch zu häufig eher schlecht entlohnte Berufe mit eingeschränkten beruflichen Entwicklungsperspektiven und oft grösserer Anfälligkeit für Arbeitslosigkeit wählen.

Sieht der Bundesrat Massnahmen vor, damit die Bandbreite der gewählten Berufe bei beiden Geschlechtern grösser wird?

10.5404 Fehr Hans. Unser Land "im europäischen Raum verankern"?

An der Medienkonferenz des Bundesrates vom 19. August 2010 hat die Bundespräsidentin den bilateralen Weg als das am besten geeignete Instrument bezeichnet, um unser Land "im europäischen Raum zu verankern". Was meint der Bundesrat genau mit "Verankerung"?

10.5405 Fehr Hans. Widersprüchlicher Bundesrat

An der Medienkonferenz vom 19. August 2010 hat die Aussenministerin der Bundespräsidentin zu 180° widersprochen mit der Aussage, eine Weiterführung des bilateralen Weges sei gemäss den bisher geltenden Modalitäten "nicht denkbar". Welches ist die Meinung des Bundesrates?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

10.5355 Bourgeois. Anwendung der RFA auf das Gesetz und die Verordnung zur Renaturierung der Fliessgewässer

Die Änderung des Gewässerschutzgesetzes (Renaturierung) und der dazu gehörenden Verordnung des Bundesrates hat kürzlich lebhaft Reaktionen ausgelöst hinsichtlich der Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz.

Mit Blick auf Artikel 141 Absatz 2 Buchstabe g des Parlamentsgesetzes frage ich den Bundesrat, ob vorgesehen ist, diese Regulierung einer Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) zu unterziehen und wenn ja, innert welcher Frist?

10.5364 Leutenegger Filippo. Überweisung der Post an GHP

Verschiedene Medien berichteten, dass eine Tochter der Post in Deutschland mit Namen GHP einen Auftrag der Heilsarmee gewonnen habe. Die Fertigung des Auftrags erfolgt zumindest teilweise in Pilsen, in der tschechischen Republik.
 Trifft es zu, dass GHP, wie es die NZZ am Sonntag berichtete, durch das Mutterhaus der Post eine Überweisung im zweistelligen Millionen-Bereich erhielt (50 Mio.) (Geschäftsbericht der Post), um das Defizit zu decken?

10.5365 Leutenegger Filippo. Fluglärmkonflikt

- Wo stehen die Gespräche und Verhandlungen mit Deutschland bezüglich des Fluglärmkonflikts?
- Gibt es Fortschritte?
- Welche Themen ausserhalb des Fluglärm dossiers spielen in diesen Verhandlungen aus Sicht der Schweiz eine Rolle?
- Wie setzt der Bundesrat diese in den Verhandlungen ein?

10.5366 Hochreutener. Darf die Schweizerische Post private inländische Anbieter durch Produktion in Billiglohnländern konkurrenzieren?

Die Schweizerische Post hat zugesichert, dass ihr Ausland-Engagement weder über den Monopolertrag finanziert werde noch schweizerische Wettbewerber dadurch konkurrenziert würden.

Wie lässt sich aus Sicht des Bundesrates diese Zusage mit der Tatsache vereinbaren, dass die Schweizerische Post inländische Mitbewerber gemäss Aussagen der Heilsarmee massiv unterbietet durch ein Angebot ihrer Tochtergesellschaft GHP in Deutschland, welche im Billiglohnland Tschechien produzieren lässt?

10.5374 Hurter Thomas. Postzustellung. Versuch oder Realität?

Seit September 2010 erfolgt im Rahmen eines Versuchs in der Region St. Gallen, in der Stadt Lausanne und im Raum Kriens/Sarnen die Postzustellung für Privathaushalte erst nach dem Mittag. Leider muss ich feststellen, dass seit geraumer Zeit Kundinnen und Kunden auch in anderen Gebieten, wie zum Beispiel in der Stadt Schaffhausen, ihre Post erst am Mittag erhalten.

- Versteht der Departementsvorsteher darunter Service Public?
- Wurde der Versuch auch auf andere Gebiete ausgedehnt?

10.5375 Müller Geri. AXPO und der kreative Umgang mit der Wahrheit

1. Gemäss einem Bericht der Rundschau steckt in Schweizer Atomkraftwerken Uran aus russischen Produktionsquellen, welche die Umwelt radioaktiv belasten und die Menschen gefährden. Wie ist dies mit den Nachhaltigkeitskriterien des Bundesrats vereinbar?
2. Ist der Bundesrat gewillt, eine Deklarationspflicht über die Herkunft der Kernbrennstoffe einzuführen?
3. Ist er der Ansicht, weiterhin auf jegliche Form der Kontrolle beim Austausch von Kernmaterialien verzichten zu können?

10.5381 Rutschmann. Wirkungsanalyse Förderprogramme

Das BEF veröffentlichte am 10. September 2010 eine Studie zur Wirkung von Energieförderprogrammen. Dazu stellen sich folgende Fragen:

- Aufgrund welcher Faktoren wurde diese Studie erstellt?
- Wie hoch waren die Kosten für die Studie?
- Aus welchen Mitteln wurde sie finanziert?

10.5387 Wobmann. Umrüstung von Autos auf Flüssiggas

Immer mehr Autos werden auf den umweltfreundlichen Flüssiggasbetrieb umgerüstet. Die Immatriculation solcher Fahrzeuge ist mit enormem administrativem Aufwand verbunden. Das Prüfverfahren ist mit einer sehr grossen Papierflut verbunden.

- Was gedenkt der Bundesrat dagegen zu tun?
- Warum müssen im Ausland umgerüstete Fahrzeuge, welche anschliessend in der Schweiz eingelöst werden, das aufwendige und bürokratische Prüfverfahren nicht durchlaufen?

10.5389 Weber-Gobet. Helmtragspflicht für Elektro-Velos

Immer mehr Verkehrsteilnehmer steigen auf ein E-Bike um. Heute gibt es Modelle, die mühelos Spitzengeschwindigkeiten von über 50km/h erreichen. Fahrerinnen und Fahrer von Mofas (Töffli) unterstehen einer Helmpflicht, E-Bike-Lenkerinnen und -Lenker keiner. Ist der Bundesrat bereit, die Sicherheitsbestimmungen für Elektro-Velos der technischen Entwicklung anzupassen und eine Helmtragspflicht einzuführen, sofern die elektrische Tretunterstützung nicht auf maximal 25 km/h begrenzt ist?

10.5398 Bischof. Post

Die Schweizer Post testet dieses Jahr in der Region St. Gallen, in Kriens und in Lausanne die Möglichkeit, einen Teil ihrer privaten Kundschaft erst am Nachmittag zu bedienen. Bei der Neugestaltung der Austragrouten werden damit Gebiete mit hohem Wohnanteil zwangsläufig benachteiligt. Mitbetroffen davon sind aber auch viele freiberuflich Tätige, die ihre Büros und Praxen häufig in solchen Zonen betreiben.

Ist der Bundesrat bereit, bei der Post zu intervenieren, um die aus Geschäftsgründen unerlässliche Frühzustellung für alle Geschäftskunden auch künftig zu gewährleisten?

Bundeskanzlei**10.5351 Schmid-Federer. Lehren aus der Volksinitiative zur Wiedereinführung der Todesstrafe**

- Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, damit die Hemmschwelle bei der Lancierung von Volksinitiativen nicht weiter fällt?
- Kann er sich vorstellen, die Vorprüfung von Initiativbegehren dahingehend auszuweiten, dass Grundrechten und weiteren elementaren Elementen unserer Verfassung widersprechende Initiativen im Rahmen der Vorprüfung für ungültig erklärt werden können?
- Wenn ja, wäre das Parlament hierfür aus Sicht des Bundesrats das geeignete Organ?

Departement des Innern**10.5352 Goll. Schwarze Listen bei der IV?**

Mittels einer IV-Checkliste werden Rentenanträge auf Betrugsverdacht überprüft. Minuspunkte erhalten Antragsteller unter anderem, wenn sie sich von einem "hinreichend bekannten Anwalt oder Arzt behandeln oder vertreten lassen".

- Was heisst "hinreichend bekannt"?
- Wer ist im Besitz von entsprechenden Namenslisten von Ärzten und Anwälten?
- Wie viele dieser Personen sind erfasst?

10.5360 Maire. Übernahme der Kosten bei der Behandlung seltener Krankheiten durch den zulassungsüberschreitenden Einsatz von Medikamenten. Stand der Revision der Verordnung?

Der Bundesrat beantragte am 26. Mai die Annahme des Postulates 10.3261 zur Übernahme der Kosten bei der Behandlung seltener Krankheiten durch den zulassungsüberschreitenden Einsatz von Medikamenten. In neuen Fällen, wie demjenigen von Sabine in Neuenburg, wird die Zeit knapp, denn die Krankheit wartet nicht!

- Wo stehen die Arbeiten zur Änderung der Verordnung?
- Was soll aus Sicht der Wartenden unternommen werden, damit auf eine Übernahme der Kosten dieser äusserst teuren, für die Betroffenen aber häufig lebensrettenden Medikamente gehofft werden darf?

10.5361 Zisyadis. Verbot von Laserpointern

Die auf dem Markt frei erhältlichen Laserpointer sind zu Spielzeugen geworden, die gravierende Konsequenzen für die öffentliche Gesundheit und die Sicherheit haben. Wieso verbietet der Bundesrat sie nicht unverzüglich?

10.5363 Zisyadis. Es lebe der Rohmilchkäse!

Eine kürzlich erschienene französische Studie belegt, dass Rohmilchkäse besser vor Listerien geschützt ist als thermisierter oder pasteurisierter Käse.

- Ist es nicht an der Zeit, dass der Bundesrat einen Anstoss gibt, sich von den geltenden, übertriebenen Hygienevorschriften in der Milchindustrie zu lösen?
- Ist der Bundesrat bereit, den Geschmack des Schweizer Käses aus dem Schraubstock der Reglementierung zu befreien?

10.5367 Favre Charles. Inkrafttreten des geänderten Artikels 64a des KVG

Am 18. März 2010 haben die eidgenössischen Räte eine Änderung von Artikel 64a des KVG beschlossen. Diese Änderung wird von allen Akteuren der Gesundheitsbranche begrüsst, ist problemlos umsetzbar und ermöglicht die Zahlung von ausstehenden Rechnungen der Spitäler in der Höhe von ungefähr 80 Millionen Franken. Gemäss unseren Informationen soll diese Revision 2012 in Kraft treten. Diese Frist ist zu lang. Kann der Bundesrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens nicht auf das erste Halbjahr 2011 vorverlegen?

10.5370 Frösch. Wissenschaftliche Pilotversuche Cannabisregulierung

Der illegale Cannabismarkt und -konsum ist belastend für Betroffene, Beratung und Repression. Wissenschaftliche Projekte einer kontrollierten Regulierung des Verkaufs von Cannabis, gekoppelt mit einem effektiven Jugendschutz, könnten Resultate für eine dringend notwendige neue Cannabispolitik liefern.

- Ist der Bund an den Initiativen verschiedener Städte interessiert?
- Würde er solche Pilotversuche in einer noch zu definierenden Art und Weise unterstützen?

10.5377 Rechsteiner Paul. Korruption in der 2. Säule

Ein vom BSV veranlasster Untersuchungsbericht im Fall Gemini hat ergeben, dass die Führungsverantwortlichen Carl Helbling und Oskar Leutwyler über 6 Millionen Franken, die den Versicherten gehören, in die eigene Tasche abgezweigt hatten. Trotzdem möchte das BSV diesen Bericht der Öffentlichkeit (und damit den betroffenen Versicherten) vorenthalten, weil es angeblich um den Schutz von Personendaten gehe. Ist der Bundesrat bereit, dafür zu sorgen, dass dieser Bericht der Öffentlichkeit zugänglich wird, dies auch im Interesse einer im öffentlichen Interesse liegenden wirksamen Korruptionsbekämpfung in der 2. Säule?

10.5395 Wehrli. Prämiengelder für Polit-PR?

- Ist der Bundesrat der Meinung, die laufende Kampagne von santé suisse zur Rolle der sozialen Krankenversicherung (insb. Plakate) entspreche dem gesetzlichen Auftrag und sei verhältnismässig?
- Was gedenkt er dagegen zu tun?

10.5396 Steiert. Prämiengelder für Polit-PR?

- Ist der Bundesrat der Meinung, die laufende Kampagne von santé suisse zur Rolle der sozialen Krankenversicherung (insb. Plakate) entspreche dem gesetzlichen Auftrag und sei verhältnismässig?
- Was gedenkt er dagegen zu tun?

Justiz- und Polizeidepartement**10.5350 Dunant. Revisionsaufsichtsbehörde. Was ist ein Leumundszeugnis?**

Die RAB verlangt unter einem Leumundszeugnis: Einen unbelasteten Strafregister- und Betreibungsauszug, die Einhaltung des Zivilrechts, des Strafrechts, des Verwaltungsrechts, des öffentlichen Rechts und, dass Treu und Glauben eingehalten werden. Bisher konnte der gute Leumund mit einem Betreibungs- und Strafregisterauszug bewiesen werden.

Würde neu eine Verkehrsbusse oder eine gemeine Beleidigung einer Person wider Treu und Glauben dazu führen, dass der gute Leumund nicht mehr gegeben ist?

10.5357 Graber Jean-Pierre. 1.-August-Rede von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und Handel der Aargauer Kantonspolizei mit den Sans-Papiers

In der Presse war zu lesen, dass Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bei ihrer Ankunft im Kanton Aargau, wo sie ihre 1.-August-Rede halten wollte, von Sans-Papiers bedrängt wurde. Die Aargauer Kantonspolizei soll mit den Sans-Papiers einen Vergleich ausgehandelt haben im Stile von: "Ihr stört den Anlass nicht und wir kontrollieren euch nicht".

Haben die Aargauer Behörden mit dieser Vorgehensweise gegen Artikel 9 Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer verstossen?

10.5359 John-Calame. Ausschaffung ausländischer Straftäterinnen und Straftäter

Wie viele ausländische Straftäterinnen und Straftäter sind in der Schweiz während der letzten zehn Jahre jährlich weggewiesen worden und aufgrund welcher Straftaten?

10.5369 Leutenegger Oberholzer. Verantwortlichkeitsklagen gegen die UBS-Organe

Im Mai 2010 hat die GPK ihren Bericht zum UBS-Debakel veröffentlicht.

- Wann nimmt der Bundesrat zu den aufgeworfenen Fragen Stellung?
- Welches ist der Stand der Verantwortlichkeitsklagen gegen die verantwortlichen UBS-Organe für die Jahre 2007, 2008 und 2009?
- Wie präsentiert sich die Legitimation dazu für den Bund und die einzelnen bundesnahen Institutionen?
- Hat er Kenntnis von Klageerhebungen?

10.5372 John-Calame. Empfehlung 19 des Berichts der Geschäftsprüfungskommissionen zum Abkommen zwischen der UBS und den USA: Welche Organe des Bundes sind ermächtigt, rechtliche Schritte zu unternehmen?

Welche Institutionen sind mit der Bezeichnung "Organe des Bundes mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit" gemeint?

- Die Pensionskasse Publica?
- Die SUVA?
- Der Garantiefonds der AHV?
- Die Schweizerische Nationalbank?
- Die Post, die SBB, Skyguide, das Schweizer Radio und Fernsehen?
- Die Pensionskassen der Post, des Schweizer Radios und Fernsehens, der SBB, von Skyguide?

10.5373 John-Calame. Empfehlung 19 des Berichts der Geschäftsprüfungskommissionen zum Abkommen zwischen der UBS und den USA: Wann wird der Bundesrat Stellung beziehen in Anbetracht der Tatsache, dass die Verjährungsfrist für die Jahre 2008 und 2009 am 14. Oktober 2010 abläuft?

Bekanntlich haben 22 bzw. 15 Prozent der UBS-Aktionärinnen und -Aktionäre der Bankführung die Décharge für die Jahre 2008 und 2009 verweigert.

Ist sich der Bundesrat diesbezüglich bewusst, dass für die zugelassenen Organe keine Möglichkeit mehr besteht, rechtliche Schritte für diese Jahre einzuleiten, wenn er nach dem 14. Oktober 2010 zum Bericht der Geschäftsprüfungskommissionen Stellung bezieht, weil die Verjährungsfrist dann bereits verstrichen ist?

10.5376 Lang. Waffen- und Munitionslager in Biel

Welche Schlussfolgerungen zieht der Bundesrat aus der Tatsache, dass es in Biel einem mit den Behörden in Konflikt stehendem Bürger gelungen ist, ein Lager von Waffen und Munition anzulegen?

10.5385 Wobmann. Landesverweise und Ausweisungen gemäss StGB-Revision

- Wie viele Landesverweisungen aufgrund von Straftaten gab es in den Jahren 1985-2005 (jährlich aufgeschlüsselt)?
- Wie viele Ausweisungen waren es seit der StGB-Revision?
- In welche Länder wurde in erster Linie ausgewiesen?
- Mit welchen Ländern gibt es Probleme bei der Ausweisung?
- Werden diese Probleme angegangen?

10.5400 Baettig. Schokoladenseite der Wegweisung

In einem Interview mit der Zeitung Le Temps vom 25. August 2010 hat der Direktor des Bundesamtes für Migration (BFM) erklärt, dass die Schweizer Behörden den afrikanischen Polizeibeamten nie Geld für die Rücknahme von weggewiesenen Ausländerinnen und Ausländern übergeben. Es könne aber vorkommen, dass das BFM ihnen ein paar Schachteln oder Tafeln Schokolade schenke!

Ist das der einzige politische Beitrag des BFM im Bereich Rückführung?

10.5403 Fehr Hans. Illegale Verhöre von Mitarbeitern der Bundesanwaltschaft

Die Bundesanwaltschaft hat im Ausland Verhöre ohne Rechtshilfeersuchen an die betreffenden Staaten durchgeführt. Dieses rechtswidrige Verhalten ist Gegenstand einer Untersuchung durch einen ausserordentlichen Bundesanwalt.

Trägt Bundesanwalt Erwin Beyeler die Verantwortung für diesen Bruch von Völkerrecht und von Souveränitätsrecht anderer Staaten?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

10.5358 Graber Jean-Pierre. Zusammensetzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe Beziehung Schweiz-EU

Am 19. August 2010 hat der Bundesrat seinen Willen erneut bekräftigt, vorläufig am bilateralen Weg mit der EU festzuhalten. Um Lösungsansätze für offene institutionelle Fragen auszuarbeiten, setzt der Bundesrat ausserdem eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Departemente ein. Beruht die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe, zumindest teilweise, auf der Meinungsvielfalt der Bundesratsmitglieder, was die Form und Art unserer institutionellen Beziehungen zur EU betrifft?

10.5379 Bänziger. Finanziert der Bund rein private, kommerzielle Kongresse mit jährlichen Beiträgen von 500 000 und schnürt daneben Konsolidierungsprogramme?

2005 unterstützte das seco den durch den Verein VIVA 50plus organisierten Weltkongress für Alters- und Generationenfragen mit 510 000 Franken. Auch dieses Jahr figuriert die Eidgenossenschaft als Goldpartner auf der Ausschreibung zum selben Kongress des WDA Forums, der offenbar jedes Jahr stattfindet.

- Welchen Betrag zahlt der Bund dieses Jahr an den Kongress?
- Welche Beiträge hat er 2006 bis 2009 gezahlt?
- Versteht der Bundesrat dies immer noch als Anschubfinanzierung?

10.5386 Wobmann. UNO Präsidiumsjaar von Joseph Deiss

Alt Bundesrat Joseph Deiss wird für ein Jahr den Vorsitz in der UNO in New York übernehmen.
Wie viel kostet dieses hohe Amt die Schweiz zusätzlich (Auflistung aller Kostenpunkten)?

10.5390 Heer. Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Rheinfelden vom 27. August 2010

Obwohl die deutsche Regierung die Schweiz in letzter Zeit enorm unter Druck setzt (Stichworte Finanzplatz, Fluglärm), ist es unerklärlich, dass kein Vertreter des Bundesrates Frau Merkel in der Schweiz begrüsst hat. Dies ist kein Zeichen von Stärke sondern ein Zeichen von grober Unanständigkeit.
Weshalb war der Bundesrat unfähig, ein anderes Mitglied nach Rheinfelden zu delegieren, nachdem Bundesrat Leuenberger erkrankt ist?